

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zur Aktuelle Stunde am 13. April 2011 - „Die gesundheitliche Versorgung in allen Regionen des Landes zukunftsfähig sichern“

Regionale Versorgung durch sektorenübergreifende Planung stärken

Der Landtag möge beschließen:

Eine hochwertige und flächendeckende gesundheitliche Versorgung bleibt auch in den kommenden Jahren eine herausragende und anspruchsvolle Aufgabe. Gegenwärtig verstärken sich zwei Probleme gegenseitig: Der demografische Wandel führt zu einem höheren Bedarf; gleichzeitig hat sich der Mangel an Fach- und Nachwuchskräften zugespitzt. Für die gesundheitliche Versorgung sind alle Akteure gefordert. Verantwortung tragen nicht nur Krankenkassen und Leistungserbringer, auch die Einflussmöglichkeiten der Länder müssen gestärkt und kommunale Aktivitäten eingebunden werden.

1. Der Landtag begrüßt die dazu am 6. April 2011 im Rahmen der „Kommission zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Deutschland“ erfolgte Einigung von Bund und Ländern auf gemeinsame Eckpunkte für eine bessere gesundheitliche Versorgung in Regionen, die unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht sind.

Der Landtag unterstützt die Bitte der Gesundheitsministerkonferenz an die Bundesregierung, diese Eckpunkte kurzfristig in einem Versorgungsgesetz umzusetzen. Dabei sind mehr Ressourcen gegen Unterversorgung bereitzustellen und regionaler Überversorgung entgegenzuwirken.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Bedarfsplanung für die ambulante Versorgung nicht nur kleinräumiger auszurichten, sondern auch zu einer sektorenübergreifenden Versorgungsplanung weiterzuentwickeln,

2. Der Landtag sieht in dem vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg Anfang des Jahres vorgelegten Konzept „Künftige Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Brandenburg“ eine solide Grundlage für die Bündelung von Anstrengungen aller Akteure. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die vereinbarten Maßnahmen zügig umgesetzt werden.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- Anreize für eine stärkere Kooperation der Krankenhäuser untereinander und auch mit ambulanten Leistungserbringern zu setzen,
- zu überprüfen, inwieweit durch die Krankenhausplanung den einzelnen Krankenhäusern eine größere Planungssicherheit gegeben und ihre Verhandlungsposition gegenüber Vertragspartnern (Krankenkassen) gestärkt werden kann, indem die Definition des Begriffes der „gewachsenen Strukturen in Brandenburg“ konkretisiert wird.

4. Der Landtag fordert das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz auf, dem zuständigen Fachausschuss über

- die Umsetzung des Konzepts „Künftige Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Brandenburg“ und
- die Umsetzung der Eckpunkte der Bund-Länder-Kommission zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in Deutschland bis Ende 2011 zu berichten.

Begründung:

Am 6. April 2011 haben sich Bund und Länder auf ein Eckpunktepapier geeinigt, das u. a. Maßnahmen für eine bessere Versorgung, insbesondere in ländlichen Regionen, enthält. Dies ist ein erster und wichtiger Schritt, mit dem bessere Handlungsmöglichkeiten zur Verhinderung von Unterversorgung eröffnet werden. Inwieweit Unterversorgung auch tatsächlich abgebaut und verhindert wird, hängt von weiteren Faktoren ab, u. a. von einem zielgenaueren Einsatz der vorhandenen Ressourcen. Es wird nicht möglich sein, insgesamt in nennenswertem Umfang zusätzliche Mittel für das Gesundheitssystem bereitzustellen. Insofern bedingen Handlungsspielräume zur Bekämpfung von Unterversorgung zugleich Maßnahmen gegen Überversorgung. Eine bessere Versorgungsqualität erfordert aber auch die Überwindung einer Betrachtung in den Grenzen von Versorgungssektoren.

Das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat in einem Diskussionsprozess mit den für die gesundheitliche Versorgung maßgeblichen Akteuren ein Konzept zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung erarbeitet. Die darin enthaltenen Maßnahmen sind nun umzusetzen. Der Fachausschuss des Landtages ist über die Umsetzung zu informieren.

Ralf Holzschuher
für SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE